Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6035

12. 12. 89

Sachgebiet 310

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzprotokoll Nr. 4 vom 25. April 1989 zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte

A. Zielsetzung

Mit dem am 25. April 1989 unterzeichneten Zusatzprotokoll Nr. 4 zur Revidierten Rheinschiffahrtsakte haben die Vertragsstaaten dieser Akte (Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Schweiz) die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Strukturbereinigungsmaßnahmen, die die EG für die Binnenschiffahrt der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft beschlossen hat, auch auf die Schweiz ausgedehnt werden können. Darüber hinaus soll sichergestellt werden, daß etwaige Unvereinbarkeiten dieser Strukturbereinigungsmaßnahmen mit der Revidierten Rheinschiffahrtsakte beseitigt werden.

B. Lösung

Das am 25. April 1989 unterzeichnete Zusatzprotokoll Nr. 4 trifft die erforderlichen Regelungen. Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation des Zusatzprotokolls geschaffen werden.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
121 (323) – 971 02 – Rh 7/89

Bonn, den 12. Dezember 1989

An den
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzprotokoll Nr. 4 vom 25. April 1989 zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 607. Sitzung am 1. Dezember 1989 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Zusatzprotokoll Nr. 4 vom 25. April 1989 zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Straßburg am 25. April 1989 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzprotokoll Nr. 4 zu der am 17. Oktober 1868 in Mannheim unterzeichneten Revidierten Rheinschiffahrtsakte (BGBl. 1969 II S. 597) und der am 25. April 1989 in Straßburg unterzeichneten Erklärung der Vertragsstaaten bei Unterzeichnung des Zusatzprotokolls Nr. 4 wird zugestimmt. Das Zusatzprotokoll Nr. 4 und die Erklärung der Vertragsstaaten bei Unterzeichnung des Zusatzprotokolls Nr. 4 werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Zusatzprotokoll Nr. 4 nach seinem Artikel IV sowie die Erklärung der Vertragsstaaten bei Unterzeichnung des Zusatzprotokolls Nr. 4 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Zusatzprotokoll Nr. 4 findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Das Zusatzprotokoll Nr. 4 soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Zusatzprotokoll Nr. 4 nach seinem Artikel IV für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Gesetz und das Zusatzprotokoll Nr. 4 nicht zu erwarten. Das Zusatzprotokoll Nr. 4 hat den Zweck, die durch die EG eingeführte Abwrackaktion für die westeuropäische Binnenschiffahrt auf die Schweiz auszudehnen. Die Abwrackaktion für die Gemeinschaft ist bereits in Kraft getreten und unmittelbar geltendes Recht geworden (EG-VO Nr. 1101 und 1102/89 vom 27. April 1989). Das Vertragsgesetz zum Zusatzprotokoll Nr. 4 schafft demnach keine zusätzlichen Belastungen für die deutschen Schiffseigentümer, sondern verhindert Wettbewerbsvorteile der Schweizer gegenüber der übrigen Rheinschiffahrt, indem auch die Schweizer Schiffseigentümer ab 1990 Abwrackbeiträge in gleicher Höhe in den Abwrackfonds einzahlen müssen wie die übrige Schiffahrt auch.

Mögliche Preiserhöhungen lassen sich im voraus nicht quantifizieren. Selbst wenn sich aus Kostengründen in der Zukunft die Notwendigkeit von Frachterhöhungen ergeben sollte, dürften sich solche Erhöhungen vom Umfang her wegen des Wettbewerbs zu den anderen Verkehrsträgern in solchen Grenzen halten, daß Auswirkungen auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, aus heutiger Sicht kaum zu erwarten sind.

Die seit 1969 bestehende deutsche Abwrackaktion läuft aus; Zahlungsverpflichtungen der Schiffseigentümer aus dieser nationalen Aktion enden mit dem 31. Dezember 1989.

Zusatzprotokoll Nr. 4 zur Revidierten Rheinschiffahrtsakte

Protocole additionnel N° 4 à la Convention révisée pour la navigation du Rhin

Die Bundesrepublik Deutschland,
das Königreich Belgien,
die Französische Republik,
das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland,
das Königreich der Niederlande,
die Schweizerische Eidgenossenschaft,

in der Erwägung,

- daß der Markt für die Rheinschiffahrt und für die Binnenschiffahrt auf den mit dem Rhein verbundenen Wasserstraßen durch eine schwere wirtschaftliche Krise betroffen ist, die ohne verbindliche Maßnahmen der Strukturbereinigung nicht behoben werden kann,
- daß es zu diesem Zweck wichtig ist, international abgestimmte und aus vom Binnenschiffahrtsgewerbe gespeisten Fonds finanzierte Abwrackaktionen durchzuführen, die mit Auflagen für die Inbetriebnahme zusätzlichen Schiffsraums verbunden werden,
- daß diese strukturbereinigenden Maßnahmen, die durch wirtschaftlichen Notstand und schwere Marktstörungen in der Binnenschiffahrt gerechtfertig sind, nur ausnahmsweise und vorübergehend getroffen werden dürfen,
- daß diese Maßnahmen, um voll wirksam zu werden und zur Vermeidung von Regimeunterschieden und Wettbewerbsverzerrungen, in allen Rheinuferstaaten und Belgien einheitlich eingeführt werden müssen,

haben folgendes vereinbart:

Artikel I

1. Unbeschadet der allgemeinen Grundsätze der Revidierten Rheinschiffahrtsakte können für die Rheinschiffahrt vorübergehende Maßnahmen der Strukturbereinigung eingeführt werden.

2. Diese Maßnahmen können folgendes umfassen:

a) eine Abwrackaktion mit Abwrackfonds, die durch Pflichtbeiträge der Schiffseigentümer finanziert werden;

b) Auflagen für die Inbetriebnahme zusätzlichen Schiffsraums, wie die Verpflichung der Eigentümer, bei Inbetriebnahme zusätzlichen Schiffsraums einen gleichwertigen Schiffsraum abzuwracken oder einen Sonderbeitrag an den Abwrackfonds zu leisten.

3. Damit die in den vorstehenden Absätzen genannten Maßnahmen sowie ihre späteren Änderungen in allen Rheinuferstaaten und Belgien einheitlich anwendbar sind, hat die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt die Befugnis, sie zum Gegenstand einer Entschließung zu machen, die in Übereinstimmung mit den von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft diesbezüglich beschlossenen Vorschriften gefaßt wird.

Die Rheinuferstaaten und Belgien haben, was die Anwendung dieser Maßnahmen betrifft, die gleichen Rechte und Pflichten.

La République fédérale d'Allemagne,
Le Royaume de Belgique,
La République française,
Le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord,
Le Royaume des Pays-Bas,
La Confédération Suisse,

Considérant,

- que le marché de la navigation rhénane et de la navigation intérieure sur les voies navigables reliées au Rhin est frappé d'une grave crise économique à laquelle il ne peut être remédié sans des mesures obligatoires d'assainissement structurel,
- qu'à cet effet il importe d'entreprendre des actions de déchirage coordonnées sur le plan international et financées par des fonds alimentés par la profession de la navigation intérieure, assorties de conditions relatives à la mise en service de cale supplémentaire,
- que ces mesures d'assainissement structurel qui sont justifiées par l'urgence économique et les perturbations graves affectant le marché de la navigation intérieure, doivent revêtir un caractère exceptionnel et temporaire,
- que pour être efficaces ainsi que pour éviter des disparités de régime et des distorsions de concurrence, celles-ci doivent être introduites d'une manière uniforme dans tous les Etats riverains du Rhin et la Belgique,

sont convenus de ce qui suit:

Article I

1. La navigation rhénane peut être soumise à des mesures temporaires d'assainissement structurel, nonobstant les principes généraux contenus dans la Convention Révisée pour la Navigation du Rhin.

2. Ces mesures pourront comporter:

a) une action de déchirage au moyen de fonds de déchirage alimentés par des cotisations obligatoires des propriétaires de bateaux;

b) l'établissement de conditions relatives à la mise en service de cale supplémentaire, telles que l'obligation pour les propriétaires mettant en service de la cale supplémentaire de déchirer simultanément un volume équivalent de cale ou de verser une contribution spéciale au fonds de déchirage.

3. Pour que les mesures visées aux alinéas précédents ainsi que leurs modifications ultérieures soient applicables d'une façon uniforme dans tous les Etats riverains du Rhin et la Belgique, la Commission Centrale pour la Navigation du Rhin est habilitée à prendre une résolution en conformité avec les règles adoptées en la matière par la Communauté Economique Européenne.

Les Etats riverains du Rhin et la Belgique auront, en ce qui concerne l'application de ces mesures, des droits et obligations égaux.

Artikel II

Dieses Zusatzprotokoll bleibt in Kraft bis zum 31. Dezember 1999.

Artikel III

Dieses Zusatzprotokoll bedarf der Ratifikation.

Die Ratifikationsurkunden sind im Sekretariat der Zentralkommission zwecks Verwahrung in deren Archiv zu hinterlegen.

Der Generalsekretär veranlaßt die Aufnahme eines Protokolls über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden; er übermittelt jedem Unterzeichnerstaat eine beglaubigte Abschrift der Ratifikationsurkunden sowie des Hinterlegungsprotokolls.

Artikel IV

Dieses Zusatzprotokoll tritt am ersten Tag des Monats nach der Hinterlegung der sechsten Ratifikationsurkunde im Sekretariat der Zentralkommission in Kraft. Der Generalsekretär unterrichtet hiervon die anderen Unterzeichnerstaaten.

Artikel V

Dieses Zusatzprotokoll wird in einer Urschrift in deutscher, französischer und niederländischer Sprache abgefaßt; im Falle von Abweichungen ist der französischer Wortlaut maßgebend; es wird im Archiv der Zentralkommission hinterlegt.

Jedem Vertragsstaat wird eine vom Generalsekretär beglaubigte Abschrift übermittelt.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten nach Hinterlegung ihrer Vollmachten dieses Zusatzprotokoll unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg, am 25. April 1989.

Article II

Le présent Protocole additionnel restera en vigueur jusqu'au 31 décembre 1999.

Article III

Le présent Protocole additionnel est soumis à ratification.

Les instruments de ratification seront déposés au Secrétariat de la Commission Centrale pour être conservés dans ses archives.

Un procès-verbal du dépôt des instruments de ratification sera dressé par les soins du Secrétaire Général qui remettra à chacun des Etats signataires une copie certifiée conforme des instruments de ratification ainsi que du procès-verbal de dépôt.

Article IV

Le présent Protocole additionnel entrera en vigueur le premier jour du mois suivant le dépôt du sixième instrument de ratification au Secrétariat de la Commission Centrale. Le Secrétaire Général en informera les autres Etats signataires.

Article V

Le présent Protocole additionnel est rédigé en un seul exemplaire en allemand, en français et en néerlandais; en cas de divergences, le texte français fait foi; il sera déposé dans les archives de la Commission Centrale.

Une copie certifiée conforme par le Secrétaire Général en sera remise à chacun des Etats Contractants.

En foi de quoi, les soussignés, ayant déposé leurs pleins pouvoirs, ont signé le présent Protocole additionnel.

Fait à Strasbourg, le 25 avril 1989.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:
Wilhelm Höynck

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:
C. Bauwens

Für die Französische Republik:
Pour la République française:
Jean-Pierre Puissochet

Für das Königreich Großbritannien und Nordirland:
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne
et d'Irlande du Nord:
Colin McLean

Für das Königreich der Niederlande:
Pour le Royaume des Pays-Bas:
A. Bos

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:
Pour la Confédération Suisse:
R. Stettler

Erklärung der Vertragsstaaten bei Unterzeichnung des Zusatzprotokolls Nr. 4

Angesichts der Dringlichkeit der Strukturbereinigung des Binnenschiffahrtsmarktes willigen die Vertragsstaaten darin ein, daß das Zusatzprotokoll Nr. 4 bereits vor Hinterlegung aller Ratifikationsurkunden vom 1. Mai 1989 an vorläufig angewandt wird, wobei das endgültige Inkrafttreten der Durchführung der jedem Vertragsstaat eigenen verfassungsmäßigen Verfahren unterliegt.

Die in Anwendung dieses Protokolls getroffenen Maßnahmen können nicht vor Inkrafttreten der in Artikel I genannten Vorschriften der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wirksam werden.

Geschehen zu Straßburg, am 25. April 1989.

Déclaration des Etats Contractants à l'occasion de la signature du Protocole additionnel n° 4

Compte tenu de l'urgence de l'assainissement structurel du marché de la navigation intérieure, les Etats Contractants consentent à ce que le Protocole additionnel n° 4 soit appliqué provisoirement à partir du 1er mai 1989, avant que tous les instruments de ratification aient été déposés, étant entendu que l'entrée en vigueur définitive sera subordonnée à l'accomplissement des procédures constitutionnelles propres à chacun des Etats Contractants.

Les mesures prises en application de ce Protocole ne pourront produire effet avant l'entrée en vigueur des règles de la Communauté Economique Européenne visées à l'article I.

Fait à Strasbourg, le 25 avril 1989.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne:
Wilhelm Höynck

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:
C. Bauwens

Für die Französische Republik:
Pour la République française:
Jean-Pierre Puissochet

Für das Königreich Großbritannien und Nordirland:
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:
Colin McLean

Für das Königreich der Niederlande:
Pour le Royaume des Pays-Bas:
A. Bos

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:
Pour la Confédération Suisse:
R. Stettler

Denkschrift zum Zusatzprotokoll Nr. 4

Allgemeines

Mit dem am 25. April 1989 in Straßburg unterzeichneten Zusatzprotokoll Nr. 4 zur Revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 haben die Vertragsstaaten dieser Akte (Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Schweiz) die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Strukturbereinigungsmaßnahmen, die die Europäischen Gemeinschaften für die Binnenschiffahrt der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft beschlossen haben, auch auf die Schweiz ausgedehnt werden können (vgl. Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates vom 27. April 1989 über die Strukturbereinigung in der Binnenschiffahrt sowie Verordnung (EWG) Nr. 1102/89 der Kommission vom 27. April 1989 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates über die Strukturbereinigung in der Binnenschiffahrt – ABl. Nr. L 116/25 und 116/30 vom 28. April 1989 –).

Darüber hinaus sollte sichergestellt werden, daß etwaige Unvereinbarkeiten dieser Strukturbereinigungsmaßnahmen mit der Revidierten Rheinschifffahrtsakte beseitigt werden.

Besonderes

Zu Artikel I

Absatz 1 stellt sicher, daß die befristeten Maßnahmen der Strukturbereinigung für die Binnenschiffahrt mit den allgemeinen Grundsätzen der Revidierten Rheinschiffahrtsakte in Einklang gebracht werden.

In Absatz 2 wird der wesentliche Inhalt der Strukturbereinigung umrissen:

- Pflichtbeiträge der Schiffseigentümer zur Finanzierung der Abwrackfonds
- Sog. „Neu-für-alt-Regelung", um vorübergehend den Marktzugang von neuen Kapazitäten, vor allem Neubauten zu beschränken.

Absatz 3 räumt der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt (ZKR) die Befugnis ein, die vorgenannten Strukturbereinigungsmaßnahmen zum Gegenstand einer Entschließung zu machen, damit die Maßnahmen in allen Rheinuferstaaten und Belgien einheitlich anwendbar sind und mit den von den Europäischen Gemeinschaften verabschiedeten Vorschriften übereinstimmen. Die ZKR hat inzwischen eine derartige Entschließung über die vorübergehende Einführung von Maßnahmen der Strukturbereinigung erlassen.

Zu Artikel II

Die Strukturbereinigungsmaßnahmen für die Binnenschiffahrt sind auf 10 Jahre befristet. Artikel II bestimmt daher, daß das Zusatzprotokoll Nr. 4 bis zum 31. Dezember 1999 in Kraft bleibt.

Zu Artikel III

Dieser Artikel weist auf die Ratifikationsbedürftigkeit hin und regelt die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden.

Zu Artikel IV

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls Nr. 4.

Zu Artikel V

Dieser Artikel bestimmt in welchen Sprachen das Zusatzprotokoll Nr. 4 abgefaßt ist und sieht vor, daß im Falle von Abweichungen der französische Wortlaut maßgebend ist.

Zu der Erklärung der Vertragsstaaten

Mit der Erklärung der Vertragsstaaten der Revidierten Rheinschiffahrtsakte wird erreicht, daß das Zusatzprotokoll Nr. 4 bereits vom 1. Mai 1989 an vorläufig angewandt wird. Diese vorläufige Anwendung ist erforderlich, um möglichst zeitgleich in allen Rheinuferstaaten und Belgien einheitliche Vorschriften zu haben und dadurch Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Die Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften über die Strukturbereinigung in der Binnenschiffahrt sind bereits am 28. April 1989 in Kraft getreten.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn 912387 12. 89
Alleinvertrieb: Verlag Dr Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333